



Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 13. Februar 2023**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 14 Uhr

Ende: 15:10 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Sachstand Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten	2023/018
2.	Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach Sozialgesetzbuch (SGB) IX – 2021	2023/009
3.	Sachstandsbericht „Kommunale Pflegekonferenz im Landkreis Konstanz“	2023/008
4.	Sozialstrategie für den Landkreis Konstanz; aktueller Sachstand	2023/023
5.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
5.1.	Integrationsmanagement; Tarifsteigerungen	
5.2.	Leistungen nach dem SGB II - Kosten der Unterkunft; Angemessene Höhe des Wasserverbrauchs; Anfrage Kreisrätin Özdemir	
5.3.	Spielgruppen- und Hausaufgabenbetreuung in den Gemeinschaftsunterkünften; Anfrage Kreisrätin Dr. Hofer	

Vorsitzender

Danner, Zeno, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder Kreistag

Auer, Thomas, Dr.

Baumgartner, Dietmar

Diehl, Bernhard

Friedrich, Stefan

Graf, Boris

Graf, Kirsten

Häusler, Bernd

Hofer, Sigrid, Dr.

Hoffmann, Andreas

Hug, Michael

Karle, Wolf-Dieter (als Vertretung für den entschuldigten **Both-Pföst**, Hubertus, Dr.)

Kreitmeier, Christiane, Dr.

Küttner, Normen

Özdemir, Zekine

Röwer, Marcus

Sarikas, Zahide

Schmidt, Stefan (als Vertretung für den entschuldigten **Keck**, Jürgen)

Wehinger, Dorothea, MdL

Zoll, Wolfgang, Dr.

Beratende Mitglieder

Ehret, Matthias

Grams, Christian

Hotz, Gaby

Zwiebel, Claudia (als Vertretung für den entschuldigten **Zedler**, Reinhard)

Entschuldigt

Both-Pföst, Hubertus, Dr.

Keck, Jürgen

Röth, Sibylle, Dr.

Volz, Tobias

Zedler, Reinhard

Verwaltung

Basel, Stefan

Brumm, Monika

Schönbucher, Cornelia

Protokoll

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

Auf Bitte des **Vorsitzenden** erheben sich die Mitglieder des Ausschusses zu einer Gedenkminute anlässlich Erdbebenopfer in der Türkei und in Syrien.

Der **Vorsitzende** verpflichtet zwischen TOP 1 und TOP 2 Frau **Claudia Zwiebel** für die LIGA-Vertreter als stellvertretendes beratendes Mitglied im Ausschuss.

Frau **Zwiebel** spricht folgende Verpflichtungsformel:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte des Landkreises gewissenhaft zu wahren, sein Wohl und das der in ihm lebenden Menschen nach Kräften zu fördern. So wahr mir Gott helfe.“

1. Sachstand Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein und bedankt sich bei den Mitarbeitenden der beiden Ämter Migration und Integration sowie Hochbau und Gebäudemanagement für ihren intensiven Einsatz in den vergangenen Monaten.

Frau **Brumm** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Häusler**

Die Gemeinde Gottmadingen hat zur Unterbringung das ehemalige Gebäude der Eichendorff-Realschule befristet zur Verfügung gestellt. Was passiert anschließend mit den dortigen Plätzen?

Es gibt Räumlichkeiten, die mit 80 % Auslastung im Vergleich zu anderen Unterkünften vergleichsweise gering ausgelastet sind. Gibt es dafür einen Grund?

Vorsitzender

Es ist geplant, die Befristung für die Unterbringung in Gottmadingen zu verlängern. Darüber wird in der nächsten Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses beraten.

Frau **Brumm**

Die Auslastung der Unterkünfte ist unterschiedlich, weil die Zimmer zum Teil unterschiedlich geschnitten sind. Zudem gibt es in einigen Unterkünften aber auch behindertengerechte Zimmer, die nur von Personen mit Beeinträchtigungen belegt werden.

Beschluss:

Entfällt.

2. Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach Sozialgesetzbuch (SGB) IX – 2021

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Schönbucher** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Hoffmann**

Gibt es im Landkreis Konstanz zu wenig Schulkindergartenplätze?

Auf Seite 5 sind die Schulbegleitungen an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) dargestellt. Inklusion von Kindern mit einer Behinderung ist an Schulen mittlerweile Standard geworden. Bleibt es hier bei der Kostenträgerschaft der Kommunen?

Es gibt immer mehr Kinder mit Entwicklungsauffälligkeiten, was oftmals auch bedingt durch

die Coronapandemie ist. Zudem gibt es eine starke Zunahme von Kindern mit Migrationshintergrund, die auch im Frühförderbereich aufschlagen. Der Landkreis Konstanz hat ein großes Förderangebot für Kinder und es gibt unterschiedliche Gründe für die zunehmende Inanspruchnahme der Leistungen.

Kreisrätin **Wehinger**, MdL

Integration in Kindergärten und Schulen ist wichtig. Durch integrative Kinder entstehen in Kindertagesstätten jedoch auch Überforderungen, da das Personal sehr dünn besetzt ist oder einige Kinder die ihnen zustehende Integrationshilfen nicht erhalten. Viele Kinder werden zurück in die SBBZ geschickt. Wie kann der Landkreis hier aktiv werden um die Integration weiterhin zu ermöglichen?

Wie können Kinder mit hohem Förderbedarf an Schulkindergärten integriert werden?

Welche Gründe gibt es für die erhöhte Anzahl an geförderten Kindern? Wo muss der Landkreis hier ansetzen? Man sollte nicht nur beim Betreuungsangebot, sondern auch bei den Familien direkt ansetzen. Auch Familien ohne Migrationshintergrund müssen gefördert werden.

Frau **Schönbucher**

Es fehlt an einer ausreichenden Anzahl an Schulkindergärten, um diesen speziellen Förderbedarf zu decken. Der Landkreis hat hier jedoch keine Zuständigkeit. Das Schulamt ist auch nicht bereit, weitere Schulkindergärten einzurichten vor dem Hintergrund, dass das Kultusministerium hierfür zuständig ist. Ein weiterer Vorstoß müsste aus der Politik kommen.

Die Gründe für den Anstieg bei der Frühförderung sind vielfältig. Es gibt u. a. mehr Kinder mit Migrationshintergrund und aufgrund des medizinischen Fortschritts gibt es mehr Frühgeborene, die eine Behinderung haben.

Die Überforderung hängt mit den fehlenden Plätzen an Schulkindergärten zusammen und auch mit der Verpflichtung der Kindergärten, die Kinder mit Förderbedarf miteinzubinden, ohne dass sie ausreichend adäquat ausgebildetes Personal dafür haben.

Es werden immer mehr Anträge auf Integrationshilfen gestellt, weil die Kindergärten nicht mit dem entsprechenden Fachpersonal ausgestattet sind. Hier liegt ein Missverständnis vor, da der Landkreis als Träger der Eingliederungshilfe nicht dafür zuständig ist, den Regelbetrieb sicherzustellen, sondern dafür, den entwicklungsbedingten Mehrbedarf auszugleichen. Viele Kindergärten sind heute nicht mehr in der Lage, das Regelangebot sicherzustellen. Dadurch entsteht die Überforderung.

Bei Bedarf werden Integrationshilfen zur Verfügung gestellt.

Die Förderung in den Familien müsste mit der Jugendhilfe im Amt für Kinder, Jugend und Familie kommuniziert und thematisiert werden.

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier**

Leistungen der Eingliederungshilfe werden auch in Form eines Fahrdienstes gewährt. Die Richtlinien hierzu wurden vom Kreistag im Jahr 2022 angepasst. Betroffene in stationären Pflegeeinrichtungen sind davon jedoch ausgeschlossen. Kann die Richtlinie hier angepasst werden?

Frau **Schönbucher**

Die Richtlinien für den Fahrdienst können geändert werden. Das würde einer Freiwilligkeitsleistung entsprechen und würde dann ggf. von vielen weiteren Betroffenen in Anspruch genommen. Man geht davon aus, dass jemand, der in einer stationären Einrichtung untergebracht ist, nicht mehr so mobil ist und keinen Fahrdienst benötigt. Die Teilhabe ist dann über die Pflegeeinrichtung abgegolten. Das SGB XII sieht das nicht vor.

Beschluss:

Entfällt.

3. Sachstandsbericht „Kommunale Pflegekonferenz im Landkreis Konstanz“

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Herr **Basel** berichtet und sichert zu, dass über die generalistische Pflegeausbildung im Laufe des Jahres nochmals berichtet wird.

Kreisrätin **Özdemir**

Sind die Mitarbeitenden der Agentur für Arbeit und des Jobcenters mit eingebunden? Sie könnten Personen, die motiviert sind, in der Pflege zu arbeiten, in die Ausbildung integrieren.

Kreisrat **Küttner**

Könnte etwas zum Qualitätssiegel "sorgende Kommune" gesagt werden?

Die Homepage www.pflege-mit-aussicht.de ist sehr gelungen. Zur Pflegeausbildung gibt es an der Mettnau-Schule ein Sonderprogramm für Migrantinnen und Migranten. Es wäre wünschenswert, dieses Programm bzw. die mehrsprachige Verlinkung auf der Startseite der neuen Internetseite zu platzieren.

Vorsitzender

Der Hinweis zum Link wird mitgenommen und geändert.

Kreisrat **Hoffmann**

Für die Koordination der generalistischen Pflegeausbildung gibt es eine Personalstelle, für die demnächst auch eine Vertretung sichergestellt wird.

Im Moment gibt es eine neue Idee, die die Pflegekonferenz bewegt. Als Antwort auf Zeitarbeitsfirmen könnte ein Springerpool eingerichtet werden. Diese sollen auf kleinerer Ebene dafür sorgen, dass die Pflege sich vor Ort selbst organisiert und die Langzeitpflege, das Krankenhaus und die ambulante Pflege zusammenbringt. Sofern das rechtlich möglich ist, wäre das eine gelungene Antwort. Das wäre ggf. auch eine Idee für das Land Baden-Württemberg.

Die Kreisverwaltung wird gebeten, die Bearbeitungszeit der Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen für Personen mit Migrationshintergrund, die eine Pflegeausbildung absolvieren, zu beschleunigen oder ggf. die maximale Bewilligungsdauer zu gewähren. Sofern Betroffene ihre Aufenthaltsbewilligung nicht rechtzeitig erhalten, müssen sie die Ausbildung unterbrechen. Das sollte vermieden werden.

Kreisrätin **Özdemir**

Diese Anregung wird unterstützt. Fiktionsbescheinigungen dauern gerade sehr lange. Das brauchen alle Betriebe, nicht nur der Pflegebereich.

Vorsitzender

Die Anregung wird mitgenommen. Eine verbindliche Zusage kann jedoch nicht gemacht werden, da die Fristen in der Regel gesetzlich vorgegeben sind und der Spielraum gering ist.

Herr **Basel**

Das Jobcenter und die Agentur für Arbeit sind keine Mitglieder in der Pflegekonferenz, aber bei Bedarf werden diese miteingebunden. Der Hinweis zur Homepage wird mitgenommen.

Eine Vertretung für die Koordination der generalistischen Pflegeausbildung wird zeitnah aus-

geschrieben.

Das Qualitätssiegel soll ein Anreiz für Kommunen sein, sich in diesem Bereich sichtbar zu machen. Die genaue Ausgestaltung ist noch unklar. Sobald das Qualitätssiegel fertiggestellt ist, wird es gerne vorgestellt. Ideen dazu werden gerne mitgenommen.

Beschluss:

Entfällt.

**4. Sozialstrategie für den Landkreis Konstanz;
aktueller Sachstand**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Herr **Basel** berichtet und teilt mit, dass es in diesem Bereich aktuell keine Neuigkeiten gibt. Voraussichtlich wird man mehr in der nächsten Sitzung einbringen können.

Die Unterlagen zur Sozialstrategie werden mit einem größeren zeitlichen Vorlauf vor regulärem Versand der Sitzungsunterlagen versandt.

Beschluss:

Entfällt.

5. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

**5.1. Integrationsmanagement;
Tarifsteigerungen**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Förderperiode (Landesförderung) für das Integrationsmanagement zum 30. April 2023 ausläuft. Eine Verlängerung ist um 1,5 Jahre möglich und wird auch in Anspruch genommen. Jedoch waren die damit verbundenen Tarifsteigerungen bisher nicht im Haushaltsplan mit eingerechnet. Das Defizit beläuft sich auf ca. 260.000 EUR. Das Thema wird im Kreistag zur Beratung eingebracht.

**5.2. Leistungen nach dem SGB II - Kosten der Unterkunft;
Angemessene Höhe des Wasserverbrauchs;
Anfrage Kreisrätin Özdemir**

Kreisrätin **Özdemir** berichtet darüber, dass das Jobcenter des Landkreises Konstanz in einem Bescheid über Leistungen nach dem SGB II darauf hinweist, dass die angemessene Höhe des Wasserverbrauchs im Landkreis Konstanz bei 21 m³ pro Kopf pro Jahr liegt. Ein Urteil des Sozialgerichts Freiburg hat den angemessenen Wasserverbrauch jedoch auf 44 m³ festgelegt. Ist die Vorgabe des Landkreises Konstanz angemessen?

Der **Vorsitzende** sichert zu, diese Anfrage mitzunehmen.

**5.3. Spielgruppen- und Hausaufgabenbetreuung in den Gemeinschaftsunterkünften;
Anfrage Kreisrätin Dr. Hofer**

Kreisrätin **Dr. Hofer** fragt nach dem aktuellen Sachstand bei der Spielgruppen- und Hausaufgabenbetreuung in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises.

Frau **Brumm** sichert einen Sachstandsbericht in einer der nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 15:10 Uhr.

Der Vorsitzende:

Zeno Danner

Für den Ausschuss:

Dietmar Baumgartner

Dorothea Wehinger, MdL

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann